

UB Braunschweig 84



2228-842-8

2228-8428

Zur
Kritik
der Bohlmann'schen Denkschrift
über
die prioritätischen Ansprüche Preussens
an das Herzogthum
Braunschweig = Wolfenbüttel

von

Institut A. Bachariä.
für Geschichte u. Alterthunde
an der Universität Göttingen
Braunschweig

Verlag = Abdruck der Götting. gel. Anzeigen
1861. Stück 52.



Göttingen, 1862.

Druck der Dieterich'schen Univ.-Buchdruckerei.
(W. Fr. Kämpner.)



As 31

Denkschrift über die prioritätischen Ansprüche Preußens an das Herzogthum Braunschweig-Wolfenbüttel. Nach den Quellen bearbeitet von Otto Bohlmann, Doctor der Philosophie und beider Rechte. Nebst einem Anhange, enthaltend 4 Stammtafeln und die wichtigsten in Bezug genommenen Urkunden in correctem Abdruck. Berlin 1861. Druck und Verlag von E. Mittler u. Sohn. XI und 112 S. in Octav.

Es ist nicht die wissenschaftliche Bedeutung der vorliegenden, in politischen Blättern mehrfach besprochenen und belobten Broschüre, welche uns bewegen kann, in diesen gel. Anzeigen davon Notiz zu nehmen. Denn, wenn auch dem Verf. ein gewisses Geschick in der Behandlung des von ihm verarbeiteten Materials nicht abgesprochen werden und die Form der Darstellung ein günstiges Vorurtheil für die Schrift zu erwecken geeignet sein möchte, so hat doch augenscheinlich der Verf. nicht im Dienste der Wahrheit, welche zu ergründen und zu festigen die Wissenschaft allein berufen ist, gearbeitet, sondern für einen politischen Zweck seine Feder in Bewegung gesetzt und dabei, wie jeder Kenner der einschlagenden historischen Verhältnisse auf den ersten Blick durchschauen muß, die Geschichte auf eine unerhörte Weise mißhandelt und durch verschiedene sophistische Kunststücke für seinen Zweck zurecht zu machen gesucht.

Es wird den Lesern dieser Blätter zur Genüge bekannt sein, daß mit Anfang des Jahres 1861 eine s. g. braunschweigische Successionsfrage auftauchte und dann in mehreren politischen Broschüren und in Zeitungen behandelt worden ist*). Dabei war gar nicht das, in keiner Weise bestrittene, historische Recht zum Ausgangspunkt genommen; sondern die politische Forderung einer Vergrößerung des preussischen Staats, die Nothwendigkeit, die östlichen und westlichen Theile durch eine Annexion dazwischenliegenden Gebiets mit einander zu verbinden und die s. g. Volksstimme im Herzogthum Braun-

*) Schon im Jahre 1858 erschien (Leipzig bei Otto Wigand) die Schrift: „Der Aufstand in der Stadt Braunschweig vom 6. u. 7. Septbr. 1830 und der bevorstehende Anfall des Herzogthums Braunschweig an Hannover.“ Sie behandelt im Wesentlichen nur die Folgen der Entsetzung des Herzogs Karl für den Fall des Todes des regierenden Herzogs von Braunschweig. Die Schriften und Abhandlungen über die erst in jüngster Zeit gemachte Frage, die wir hier im Auge haben, sind: 1) „Die Regierungsfolge im Herzogthum Braunschweig nach dem Erlöschen des braunschweig-wolfenbüttelschen Fürstenhauses. Berlin bei Springer.“ 2) „Braunschweigs Anschluß an Preußen.“ Berlin in demselben Verlag und wahrscheinlich von demselben Verfasser. 3) „Die Successionsfrage im Herzogthum Braunschweig“ in den Preuß. Jahrb. von Haym. 1861. Juliheft. 4) „Andeutungen über die braunschweigische Successionsfrage. Von einem braunschw. Juristen.“ Braunschw. bei Fr. Wagner. — Gegen No. 1 erschien von E. Wedekind: „Hannover und Braunschweig. Beleuchtung und Widerlegung der Druckschrift: Die Regierungsnachfolge“ 2c. Leipzig bei O. Wigand. Eine jüngst erschienene kleine Broschüre, geschrieben zu Westerbalk im Herzogth. Braunschweig im August 1861, „von einem Mitglied der vormaligen wolfenbüttelschen Ritterschaft“ (Leipzig, Commissionsverlag von L. Schrag) will die jetzige Frage als eine Nachwirkung der noch „ungeföhnt gebliebenen“ braunschweigischen Revolution von 1830 betrachten, wie schon der Titel derselben: „Einige Worte über die Braunschw. Revolution v. 1830 und verschiedene Nachwirkungen derselben“ andeutet. — Einen die verschiedenen Schriften zusammenfassenden, gegen die politischen Fragenmacher polemisirenden, Artikel brachte die Augsb. Allgem. Zeitung in den Beilagen zu Nr. 293 und 294 vom 20. und 21. Octbr. 1861.

schweig, welche einen Anschluß an Preußen eben so dringend wünsche, als sie einer Verbindung mit Hannover entgegen sei. Wenigstens beruhte der dabei benutzte Rechtsgrund, daß durch die Napoleonische Eroberung im Jahre 1806 die bisherigen erbrechtlichen Ansprüche Hannovers erloschen und von dem in Folge der Siege der Allirten restaurirten legitimen Herrscher, dem heldenmüthigen Herzog Friedrich Wilhelm, eine ganz neue Dynastie begründet worden sei, auf einer so augenscheinlichen und dem herrschenden Rechtsbewußtsein ins Gesicht schlagenden Verdrehung des rechtlichen Standpunktes, daß es kaum möglich war, sich der Meinung hinzugeben, es sei mit der neuen völkerrechtlichen Theorie ernstlich gemeint. Auch hat es nicht an Solchen gefehlt, die, obwohl dem Anschluß Braunschweigs an Preußen günstig gestimmt und ihn als eine erste kleine Station auf dem Wege Preußens zur Erlangung der Hegemonie über die mittleren und kleineren Staaten Deutschlands betrachtend, doch gegen solche Art von Rechtsverdrehung protestirt haben, wie es namentlich auch vom Verf. des Artikels in den Preussischen Jahrbüchern geschehen ist.

Auch Herr Bohlmann, dessen Schrift wir hier allein ins Auge fassen, weil sie wenigstens ihrer Form nach zu einer wissenschaftlichen Besprechung geeignet zu sein scheint, erklärt sich gegen die bisherigen Ausführungen in der Braunschweigischen Frage. (Vorrede S. V f.). Gegen die Behauptung des „braunschweigischen Juristen“, daß die hannoversche Linie durch ihre Abstammung von der Eleonore d'Albreuse, der Gemahlin Georg Wilhelms von Celle, Braunschweig gegenüber, der Ebenbürtigkeit entbehre, welche grundgesetzliche Bedingung der Successionsfähigkeit sei, wird mit Recht geltend gemacht, daß damit für Preußen wenig gewonnen werde, da ja auch das preußi-

sche Königs-*haus* die „*Madame de Haarbourg*“ als Ahn-*mutter* zu respectiren habe. (Man muß hinzufügen: Auch die braun-*schweigische* Linie hat d'Olbreisfisches Blut in ihren Adern und es wäre deshalb lächerlich, dem hannoverschen Königs-*haus*, abgesehen von der vollständigen Anerkennung jener Ehe Seitens aller Agnaten, die Successionsfähigkeit in das Erbe der ersteren bestreiten zu wollen). Ebenso wenig mag Herr Bohlmann die Behauptung adoptiren, daß durch die Napoleonische Eroberung das Recht der Welfischen Dynastie erloschen sei. Ihre Wiederanerkennung sei doch einmal „Vertragspflicht“ Preußens „England gegenüber“ (weiter nichts?!) gewesen. Die (angebliche) Unzuträglichkeit einer Vereinigung Braunschweigs mit Hannover, gegenüber der braunschweigischen Sonderverfassung, und die eventuelle Nothwendigkeit einer bloßen Personalunion, könne, da das Recht nach Nützlichkeitserückichten nicht frage, die historischen Gründe nicht beseitigen, auf welche sich Hannover mit seinen Ansprüchen vielleicht stützen könnte (sic!). Wenn man aber gar Preußen vorschläge, „eine gemeindeweise Abstimmung der braunschweigischen Bevölkerung als Basis einer Einverleibung anzunehmen“, so vergesse man, „daß eine rechtlose Annexion dem deutschen Nationalgeiste durchaus widerstrebe und daß eine Verletzung des öffentlichen Gewissens in Deutschland das Bedenklichste sei, was immer preußische Staatsmänner unternehmen könnten.“ — „Unter diesen Umständen“, sagt Herr Bohlmann in der Vorrede S. VII, „erschien es geboten, vor Allem nach dem historischen Rechte Preußens auf Erwerbung Braunschweigs zu fragen und diejenigen Fundamente ans Licht zu ziehen, welche in diesem Sinne die Erhebung von preußischen Successions-Ansprüchen als rechtlich begründet erscheinen lassen. Ebenso ist es nothwendig, die Fundamente der hannoverschen Ansprüche an Braunschweig festzustellen und

diese gegen jene in wissenschaftlicher Weise sorgfältig abzuwägen.“

Man sieht, daß es Herrn Bohlmann recht ernstlich um einen Rechtstitel für eventuell geltend zu machende Ansprüche Preußens auf das Herzogthum Braunschweig zu thun gewesen ist. Er ist zu diesem Zwecke auf eine Entdeckungsreise ausgegangen und, wie er dankbar anerkennt, bei der Erforschung der „Quellen“ von namhaften Gelehrten unterstützt worden. Namentlich verdankt er (Vorrede S. VII; vgl. auch z. B. die Anmerk. zum vierten Kap. S. 82) Herrn Prof. Drohsen und Herrn Geh. Archivrath Prof. Dr. Riedel „einzelne werthvolle Materialien“, welche dieselben „ihm aus ihrem Privatbesitz zur Disposition gestellt haben.“ Nur Schade, daß die Rechtsgründe, welche Herr Bohlmann aufzufinden bemüht war, wenn man sie auf die Waagschale der Themis legt, um keinen Gran schwerer wiegen, als die seiner Vorgänger und daß sie, bei einer gewissenhaften und unparteiischen Prüfung, als völlig nichtig und bodenlos erscheinen müssen; ganz abgesehen davon, daß auch Herr Bohlmann, um die starken Blößen seiner Beweisführung einiger Maßen zu verdecken, *pro coloranda causa*, Dinge eingemischt hat, die auch nicht einmal den Schein von Rechtsgründen haben, und daß er schließlich (S. 76 f.) doch nicht zu verbergen vermag, daß die von ihm mit den wunderlichsten Sprüngen und unter den augenscheinlichsten Widersprüchen zusammengefaßten Dinge keine andere Bestimmung haben, als der für ihn und Andere feststehenden politischen Idee von dem Verufe des Preußenthums „zum räumlichen Gebietsfortschritt in Deutschland“ eine Form zu geben. Nach seiner Meinung hat die in zwiefacher Hinsicht auf die andern deutschen Gebiete wirksame Gewalt des Preußenthums auch über

die welfischen Lande bereits einen Faden geschlungen und erschmeichelt sich damit, „ein in nachhaltiger Entwicklung zur Reife strebendes Fundament für die preußische Erwerbung des Herzogthums Braunschweig gewonnen zu haben“. Es wird sich aber leicht zeigen lassen, daß der Faden, welchen nicht die Geschichte, sondern das politische Gellüste gesponnen hat, an Haltbarkeit kaum dem Spinnengewebe vergleichbar ist.

Herr Bohlmann hat seine ganze Ausführung in elf Kapitel vertheilt und ihr zugleich durch die beigefügten „Stamm-bäume“ und „Documentsabschriften“ einen Anstrich diplomatischer Sorgfalt und Gründlichkeit zu geben versucht. Sein Bestreben ist natürlich ein doppeltes: 1. für Preußen gewisse Erbrechtstitel auf Braunschweig zu gewinnen und 2. die Ansprüche Hannovers als vor diesen zurücktretend hinzustellen. Davon handeln die neun ersten Kapitel; nur eine Zugabe bilden Kap. X und XI, von welchen das erstere die Bedeutung der braunschweigischen Landesvertretung und in welcher Weise sie preußischen Ansprüchen förderlich sein könne? bespricht, — das andere aber die Ungültigkeit der sächsischen Expectanz von 1625 und die Unwirksamkeit der alten Erbverträge Braunschweig-Lüneburgs mit Sachsen aus dem 14. Jahrh. behandelt. Die Ausführung der angeblichen Erbrechtstitel Preußens und ihres Vorrangs vor den hannoverschen Ansprüchen greift natürlich mehrentheils in einander. Allenfalls läßt sich das 6. Kap. als ein, besonders dem zweiten Punkt gewidmetes betrachten, indem es sich mit einer f. g. Kritik der Erbverträge des welfischen Gesamthauses beschäftigt. Was aber die angeblichen Erbrechtstitel für Preußen betrifft, so kann man Alles, was Hr. Bohlmann vorbringt, auf zwei Hauptpunkte reduciren: 1. das angeblich den Vorzug Preußens begründende cognati-

sche Erbrecht im welfischen Hause; und 2. die kaiserliche Expectanz auf das Fürstenthum Grubenhagen von 1564, wofür jetzt das Herzogthum Braunschweig als angenehmes Surrogat betrachtet werden soll — unter Vorbehalt der Ansprüche auf ganz Hannover kraft der kaiserlichen Expectanz von 1574.

Auf den ersten Rechtstitel — das angebliche cognatistische Erbrecht Preußens — beziehen sich: Kap. I. „Genealogische Entwicklung des welfischen Hauses und Darstellung der Alodialerfolge der Töchter desselben vor 1235“; Kap. VII. „Die Stellung der welfischen Prinzessinnen in vierfacher Rücksicht: vor 1235; beim Beginn des Lehnsnexus; ihre Ausschließung während der Fortdauer des letzteren; Gestaltung ihrer Anrechte nach 1806“; Kap. IX. „Cognition Preußens mit Braunschweig = Wolfenbüttel. — — Ermittlung der preussischen und hannöverschen Verwandtschaftsgrade; Concurrenz von Agnation und Cognition“.

Den angeblichen zweiten Rechtstitel behandeln: Kap. II. „Das Verhältniß der Unterlinie Braunschweig-Grubenhagen zu den übrigen Linien der Welfen; die Grubenhagenschen Besitzungen; Umriss der Modificationen derselben. Erlöschen dieses Stamms 1596. Verbleib des Landes“; Kap. III. „Die brandenburgischen Ansprüche an Braunschweig = Grubenhagen, ihre Geschichte; die Expectanz von 1564“; Kap. IV. „Die Machinationen der Welfen gegen die brandenburgische Expectanz; der Lehnbrief von 1570. Gegenmaßregeln Brandenburgs. Die Expectanz von 1574; ihr Verhältniß zu der von 1564. Brandenburgs Protest beim Aussterben des Grubenhagenschen Geschlechts. Heranziehung der Rechte aus der Expectanz von 1564 auf den jetzt bevorstehenden Successionsfall“. Kap. V. „Die

Competenz des Kaisers zur Verleihung der beiden Expectanzen und deren spätere Corroborationen“.

Auf beide angebliche Rechtstitel endlich läßt sich beziehen: Kap. VIII. „Nachwirkungen des alten Lehnsbandes und das Wiedererwachen der alten Allodialerbsfolge nach aufgelöstem Reichsverbande. Sind die Expectanzen noch 1806 in Kraft geblieben? Wie modificirt sich jetzt die gesammte Hand der Welfen? Verhältniß der jetzigen braunschweigischen Verfassung zu den cognatischen Rechten. Die Verträge von 1815“.

Die die Abhandlung begleitenden Beilagen (S. 78 f.) liefern: 1) die „Belagsstellen“ zu den einzelnen Capiteln der Abhandlung; 2) Stammbäume zur Veranschaulichung der „Töchtererbsfolge“ im welfischen (?) Hause bis 1235, der verschiedenen Linien der braunschw. lüneb. Herzöge seit 1235, der Beziehungen Brandenburgs zu Grubenhagen und Heirathen preussischer Herrscher und Prinzen mit welfischen Töchtern und umgekehrt; 3) „Documentsabschriften“ der kaiserl. Expectanzen für Brandenburg von 1564 und 1574, verschiedene Erbrecessse und Lehnbriefe des braunschw. lüneb. Hauses, theilweise nur im Extract, sämmtlich ohne Angabe, woher sie der Verf. entnommen hat.

Also „das historische Recht, die Verdienste um Kaiser und Reich, verbunden mit der gemeinsamen Abstammung und der gemeinsame Beruf zu Schutz und Trutz“ sollen „das in nachhaltiger Entwicklung zur Reife strebende Fundament für die preussische Erwerbung des Herzogthums Braunschweig“ bilden. Das soll doch wohl heißen, daß neben dem historischen Recht noch andere Titel (moralische oder politische?) beständen. Was sollen diese aber in einer Abhandlung, welche eben das historische Recht Preußens nachzuweisen bestimmt ist? Und wie

können „Verdienste um Kaiser und Reich, gemeinsame Abstammung und gemeinsamer Beruf zu Schutz und Trutz“ ein besonderes Recht für Preußen und eine Priorität vor Hannover irgendwie stützen, da diese Titel in ganz gleicher und, was die gemeinsame Abstammung betrifft, sogar in verdoppelter und nach dem historischen Recht prädominirender Weise demjenigen zur Seite stehen, welchem das Erbe zu Gunsten Preußens streitig gemacht werden soll!? Auf den wahren Werth reducirt, ist Alles, was sich darauf bezieht, bloße Phrase, die keiner Widerlegung bedarf. — Mit dem s. g. historischen Recht, welches Hr. Bohlmann zu reproduciren gesucht hat, verhält es sich aber nach seiner Darstellung folgendermaßen.

Weil das brandenburgische Haus in frühern (nicht über das 14. Jahrhundert zurückreichenden) Fällen und später öfter zu dem welfischen Hause durch Verheirathung mit Gliedern des hohenzollernschen Geschlechts in blutsverwandtschaftliche Beziehungen getreten ist, insbesondre August Wilhelm, der Bruder Friedrichs d. Gr. und Urgroßvater des jetzigen Königs von Preußen mit der braunschweigischen Prinzessin Louise Amalie (Tochter Ferdinand Albrechts II. von Braunschweig = Bevern) verheirathet war, und deshalb zwischen dem jetzigen König von Preußen und dem Herzog Wilhelm von Braunschweig eine cognatische Verwandtschaft im achten Grade besteht, so kam es Hrn. Bohlmann zunächst darauf an, zu deduciren, daß überhaupt ein cognatisches Erbrecht im braunschweig = lüneburgischen Hause bestehe und daß dasselbe nach der Nähe des Grades mit dem agnatischen Erbrecht des hannoverschen Fürstenhauses concurrirte.

Zu diesem Zweck werden sehr alte Geschichten aufgefrischt und für den Zweck des Verf. zurechtgelegt, gedeutet und ausgebeutet. Es wird daran erinnert, daß das welfische Erbe in

Norddeutschland durch die Erbtöchter der Billungen, Brunonen, Nordheimer und Supplingenburger in welfischen Besitz gekommen sei, was notorisch ist, aber schon um deswillen als irrelevant erscheint, weil jene Erbtöchter erst nach Erlöschung des Mannsstamms ihres Geschlechts das väterliche Erbgut ihren Gatten zubrachten. Es werden ferner die Prätensionen, welche die Töchter des Pfalzgrafen Heinrich, des ältesten Sohnes Heinrichs des Löwen, auf Braunschweig gegen ihren Vetter Otto das Kind, den damals einzigen männlichen Sprossen des welfischen Geschlechts, erhoben und an Kaiser Friedrich II. verkauft, der sie erst mit Gewalt geltend zu machen suchte, aber im Wege des Vergleichs 1235 darauf verzichtete, als hinreichender Beweis dafür betrachtet, daß in Ermangelung von Söhnen oder Sohnesöhnen, Cognaten und Agnaten gleiches Erbrecht gehabt und nach der Nähe des Grades succedirt hätten; ja es werden in das *pactum investiturae* von 1235, durch welches die welfischen Allodialbesitzungen in ein Reichsfahnlehen verwandelt wurden, Erklärungen hineingetragen, um daran die Schlußfolgerung zu knüpfen, daß Otto das Kind selbst das bestehende cognatische Erbrecht anerkannt habe. Hr. Bohlmann findet nämlich, daß zwischen Lüneburg und Braunschweig — *castrum Luneborch* — und *civitas de Brunsvic cum pertinentiis* — der rechtliche Unterschied bestehe, daß jenes als *feudum oblatum*, dieses als ein vom Kaiser gegebenes Lehen (*feudum datum*) bezeichnet werde; und da sich Otto d. Kind diese Bezeichnung habe gefallen lassen, so habe er damit anerkannt, daß Braunschweig ein von den vor ihm successionsberechtigten Töchtern des Pfalzgrafen Heinrich auf den Kaiser Friedrich II. übergegangenes Eigenthum gewesen sei.

Für die auf die Errichtung des Herzogthums Braunschweig-Lüneburg folgende Zeit (nach 1235 bis zur Auflösung des

Reichs) kann aber Hr Bohlmann das Erbrecht der Töchter oder Cognaten nicht gebrauchen; dies würde ja dem andern für Preußen geltend gemachten Rechtstitel der kaiserlichen Expectanz auf die braunschweig-lüneburgischen Lande im Wege stehen. Denn weder die vom Kaiser Maximilian II. dem Kurfürsten Joachim, auch mit Verletzung der Rechte des Mannsstamms, ertheilte Expectanz auf Grubenhagen von 1564, noch die für den Fall des Erlöschens des ganzen Mannsstamms dem Kurfürsten Johann Georg von Brandenburg bewilligte Expectanz auf die gesammten braunschweig-lüneburgischen Lande von 1574 konnte mit Recht gegeben werden, wenn im braunschweig-lüneburgischen Hause ein eventuelles cognatisches Erbrecht begründet war. Und was Hr Bohlmann für seinen Zweck nicht gebrauchen kann, das ist für ihn nicht vorhanden. Das eventuelle, d. h. erst nach Erlöschung des Mannsstamms wirksam werdende, Erbrecht der Töchter des braunschweig-lüneburgischen Hauses, welches der erste Lehenbrief von 1235 ausdrücklich anerkennt, indem er das Herzogthum für ein „feudum in heredes filios et filias hereditarie devolvendum“ erklärt, ist demnach, wie Herrn Bohlmann beliebt anzunehmen, in der Zeit des Reichs, wegen der Eigenschaft als Reichslehen, erloschen, gar nicht mehr vorhanden gewesen. Der Beweis dafür ist, weil die kaiserlichen Lehenbriefe seiner nicht gedenken! — Allein mit dem gänzlichen Erlöschen des cognatischen Erbrechts ist dem Verfechter prioritätischer Ansprüche Preußens auch nur zeitweise gedient. Preußen soll ja wegen näherer Blutsverwandtschaft mit Braunschweig vor Hannover den Vorzug haben und wie könnte dieser Titel bestehen, wenn die Cognaten für immer ihr Erbrecht eingebüßt hätten? Deshalb muß das cognatische Erbrecht mit der Aufhebung des deutschen Reichs und der damit eingetretenen Appropriation der

Reichslehen wieder von den Todten auferstehen; es muß wieder aufleben so, wie es nach Herrn Bohlman bis 1235 bestanden hat; denn nur so ist es zur Begründung prioritätischer Ansprüche Preußens verwendbar. Mit einem bloß eventuellen cognatischen Erbrecht war eben für diesen Zweck nichts anzufangen. Daß dies in einem wunderbaren Contrast zu der, nach der Theorie des Verf. auch nach Auflösung des Reichs stillschweigend fortbauernnden Lehensqualität der braunschweig-lüneburgischen Lande steht, die für den andern Rechtstitel, die Lehensexpectanzen von 1564 und 1574, nicht entbehrt werden kann, ist natürlich von gar keiner Erheblichkeit! —

Dieser andere Rechtstitel wird aber in folgender Weise von Hr Bohlmann zurecht gemacht und verwendet. In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts benutzte Kurfürst Joachim die gegenwärtigen und zukünftigen Verdienste des hohenzollernschen Hauses um Kaiser und Reich und den Wunsch des Kaisers sich den Kurfürsten für Förderung anderer Ziele (die polnische Krone) verbindlich zu machen, um für den, schon als wahrscheinlich zu betrachtenden, Fall des Erlöschens des Mannesstamms im Grubenhagenschen Fürstenhause eine Expectanz auf das Fürstenthum Grubenhagen zu erhalten. Dies gelang denn auch im Jahre 1564. Allein nun wurden von den andern welfischen Fürsten, insbesondre dem einflußreichen Herzog Julius von Braunschweig-Wolfenbüttel, die sich unbegreiflicher Weise ihre agnatischen Rechte auf Grubenhagen nicht verkürzen lassen wollten, die schändlichsten Intriguen angesponnen und auch von ihrer Seite ähnliche Hebel angesetzt, wie sie Kurfürst Joachim zur Erlangung der Expectanz von 1564 beim Kaiser gebraucht hatte. Si duo faciunt idem, non est idem! Die brandenburgische Speculation war auf den Umstand gegründet, daß die

grubenhagenschen mit den andern braunschweig-lüneburgischen Fürsten bisher keine Gesamtbelehnung vom Reiche erhalten hatten, sondern von älteren Zeiten her nur für sich belehnt worden waren. Nun gelang es, durch die angespinnene welfische Intrigue, — ein Ausdruck, dessen sich Hr Bohlmann wiederholt bedient, — von demselben Kaiser Maximilian II., welcher 1564 die Expectanz ertheilt hatte, eine, auch die grubenhagenschen Fürsten einschließende, Gesamtbelehnung zu erhalten, durch welche das agnatische Successionsrecht für den Fall der Erlöschung der grubenhagenschen Speciallinie gesichert wurde. Das war, in den Augen des Hrn Bohlmann, ein himmelschreiendes Unrecht! Es war schändlich, die brandenburgische Expectanz auf Grubenhagen so hinter dem Rücken des Expectivirten zu beeinträchtigen, die Aussicht auf die angenehme Erbschaft zu Wasser zu machen! — Was geschah nun? Die Röm. Kaiserl. Majestät befand sich, von dem Nachfolger Joachims II., dem Kurfürsten Johann Georg von Brandenburg, wegen des Erfolgs der „welfischen Intrigue“ zur Rede gestellt, in einiger Verlegenheit. Sie hatte etwas versprochen, was sie ohne das Recht der braunschweig-lüneburgischen Agnaten zu verlegen, nicht halten konnte. Man fand aber doch ein Mittel, um sich aus der Klemme zu ziehen. Kurfürst Johann Georg ließ sich bewegen, eine Expectanz auf die gesammten braunschweig-lüneburgischen Lande vom Kaiser in Empfang zu nehmen und erhielt sie durch die Urkunde vom 10. Juni 1574 für den Fall „Wann alle Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg und derselben Erben für und für, ohne manliche Leibs Lehens Erben absterben.“ Damit war ja nun wohl die Geschichte mit der Grubenhagenschen Expectanz abgethan? Kurfürst Johann Georg hatte sich dafür mit der Expectanz auf die gesammten braunschweig-

lüneburgischen Lande abfinden lassen; einen wenn auch in fernere Zukunft gerückten größern Gewinn für den in näherer Aussicht stehenden Kleinern eingetauscht? — O nein! so hat es, sagt Hr Bohlmann, Brandenburg gar nicht gemeint. Brandenburg hat sich damals nur durch das größere kaiserliche Expectanzpflaster vorläufig beschwichtigen lassen. Es hat seine Rechte aus der Expectanz von 1564 niemals aufgegeben, auch 1596, als der letzte Herzog von Grubenhagen (Philipp II.) gestorben war und Herzog Heinrich Julius von Braunschweig die Grubenhagensche Erbschaft in Besitz genommen hatte, jene Expectanz von 1564 noch geltend zu machen gesucht. Natürlich muß dies so und darf nicht anders sein. Denn Preußen soll ja prioritätische Ansprüche auf Braunschweig vor Hannover haben und dazu kann die Expectanz von 1574 nicht benutzt werden, welche nur für den Fall des Erlöschens des gesamten braunschweig = lüneburgischen Mannsstamms ertheilt wurde.

Aber, könnte man vielleicht einwenden, wenn auch Brandenburg auf die Grubenhagensche Expectanz nicht verzichtet hat und sie gegenwärtig noch geltend machen könnte, das Fürstenthum Grubenhagen ist doch nicht das Herzogthum Braunschweig, auch nicht im Besitze der braunschweigischen Linie geblieben, sondern durch reichsoberhauptliches Erkenntniß in dem deshalb mit der Celle'schen Linie verhandelten Successionsstreit letzterer zugesprochen und im April 1617 ausgeantwortet worden. Grubenhagen ist im Besitze von Hannover und wenn Preußen glaubt, darauf Ansprüche machen zu können, so mag es dieselben auf dem sich jetzt anbietenden Rechtswege gegen Hannover geltend machen! — Allein auch dieser Einwand macht Herrn Bohlmann gar keine Sorge. Preußen soll bloß

mit dieser Expectanzgeschichte documentiren, daß es mehr als einen Rechtsanspruch habe und es wird gern bereit sein, Braunschweig für Grubenhagen hinzunehmen. „So drängt sich denn“, sagt Hr Bohlmann wörtlich S. 25, „heute die Frage auf, ob nicht das jetzt zum Aussterben sich neigende Herzogthum Braunschweig-Wolfenbüttel als Ausgleichung für das uns seit mehr als zwei Jahrhunderten entzogene Fürstenthum Grubenhagen seiner Zeit in Anspruch genommen werden könnte? — Das Herzogthum Braunschweig-Wolfenbüttel wird an Flächeninhalt die ehemaligen Grubenhagenschen Besitzungen wenig übertreffen; es besteht zum Theil auch heute noch aus Ländereien, die es für seinen angeblichen Erbantheil an Grubenhagen zum Austausch erhalten hat und den andern Theil des Herzogthums Wolfenbüttel kann Hannover schon darum missen, weil dieses die andere Halbscheid-Quote an Grubenhagen geerbt, d. h. durch den 1570 dem Hause Brandenburg gespielten Streich mit einigem Schein des Rechts erworben und bei dieser Gelegenheit das ganze Grubenhagensche Land eingetauscht hat.“ — Auch die Streitfrage, ob die Auflösung des deutschen Reichs 1806 die kaiserlichen Expectanzen, wie hier die Grubenhagensche, unwirksam gemacht habe? kümmert Hrn Bohlmann nicht. Denn sie reicht, meint er, an das Privilegium von 1564 gar nicht hinan. Der in demselben vorgesehene Fall sei ja schon im Jahre 1596, also mehr als zwei Jahrhunderte vor dem Aufhören des Reichsverbandes eingetreten; „Preußen würde also, wenn es jetzt mit Ansprüchen aus der Grubenhagenschen Expectanz hervorträte, nur einen Rechtstitel erquiren, hinsichtlich dessen schon 1596 actio nata vorlag.“ Uebrigens sei es auch gar keine bloße Expectanz geblieben, sondern nach einer sehr bemerkenswerthen Nachricht in einem Discpt von Zacharias Zwanzig, *Incrementa Prusso-Brandenburgica*, 1699 da-

durch in eine Eventual-Belehnung verwandelt worden, daß in einem allgemeinen Lehenbriefe Kaiser Leopolds für das brandenburgische Haus von 1699 die favorable Clausel Platz gefunden habe, „das Haus Brandenburg werde mit allen bisher erlangten Rechten und Anwartschaften beliehen.“ Später erfahren wir auch noch, daß es überhaupt ein Irrthum ist, wenn Publicisten die kaiserlichen Expectanzen mit der Auflösung des Reichs für erloschen erachten, weil das allein dadurch verpflichtete Subject, der Kaiser, nicht mehr existire. „Die Gegensätze“ sagt Hr Bohlmann S. 53, „zwischen obligatorischer und dinglicher Befugniß, welche hier auf das Lehenverhältniß angewendet werden sollen, drücken die historische Substanz des Lehenbandes nicht erschöpfend aus, der Kaiser gab die Expectanzen nicht als Individuum, sondern als Repräsentant des Reichs; ihr Inhalt ist vermögensrechtlicher Natur.“ Bei Expectanzen, die auf ein mit Landeshoheit besessenes Territorium gerichtet waren, hatte das Recht des Expectivirten auf dem Lande selbst und gehe „analog einer Staatsschuld“ (S. 54) auf den Nachfolger über. Andererseits werden die deutschen Fürsten auf die Thatfache hin, daß sich factisch mehrere die lehnherrlichen Rechte von Kaiser und Reich über die ihrer Souverainetät unterworfenen vormaligen Reichsvasallen beigelegt haben, zu Erben de jure in Betreff des kaiserlichen Lehensobereigenthums gemacht, obwohl nicht recht klar ist, was der Verf. eigentlich mit diesem an sich falschen Lehrsatz in Betreff der Fortdauer der kaiserlichen Expectanzen sagen will. Man kann nur vermuthen, daß der Verf. meint, daß Brandenburg oder Preußen als Erbe des Kaisers die Erfüllung des Expectanzversprechens gegen sich selbst beantragen und sich selbst dazu anhalten soll, noch nachträglich für den Fall des Erlöschens der braunschweigischen Linie die Belehnung zu vollziehen. Uebri-

gens lernen wir auch bei dieser Gelegenheit — nebenbei bemerkt und abgesehen von manchen andern Druckfehlern — im Text (S. 55) und in den Noten (S. 79 u. 85) einen hannöverschen Vicekanzler B. G. Struve als Verf. der rechtlichen Bedenken kennen.

Das Bisherige mag genügen, um wenigstens einen Begriff davon zu geben, was Hr Bohlmann zur Begründung der behaupteten und von Niemandem geahnten prioritätischen Ansprüche Preußens auf Braunschweig vor dem bis jetzt ganz unbestrittenen Successionsanspruche Hannovers beigebracht hat. Wer sich ein vollständiges Bild von den feinen Combinationen, den überraschend neuen Rechtstheorien und den mehr als kühnen Conclusionen machen will, der muß die Schrift selbst lesen. Eine ins Einzelne eingehende Widerlegung hier zu versuchen, ist unmöglich. Wir müßten ganze Bogen füllen und doch am Ende bekennen, der Mann ist unwiderleglich, freilich nicht deshalb, weil die Wahrheit sich nicht widerlegen läßt, sondern aus einem andern Grunde, für welchen ein bekanntes Sprichwort vom vergeblichen Kampfe der Götter einen Ausdruck darbietet. Das Ganze läuft nach unserm Urtheil auf eine Mißhandlung der Geschichte und auf eine unerhörte Rechtsverdrehung hinaus.

Eine einfache und ungekünstelte Betrachtung der historischen Entwicklung des Erbrechts im Welfischen Hause ergibt folgende Resultate:

1. Daß vor Errichtung des Herzogthums Braunschweig und Lüneburg ein cognatisches Erbrecht begründet war, ist un-

leugbar. Wir haben aber, auch in Betreff der vier Dynastien, deren Besitzungen in Norddeutschland oder Sachsen schließlich in der Hand des Welfen Heinrich des Löwen vereinigt wurden, nur Beispiele einer Töchtersuccession bei ganz erloschenem Mannsstamm. Die allodialen Besitzungen Heinrichs des Löwen wurden zwischen dessen Söhnen, dem Pfalzgrafen Heinrich, dem Kaiser Otto IV. und Wilhelm von Küneburg getheilt (1203). Des Letztern Sohn, Otto das Kind, war, wie er in der Acte von 1223 bezeichnet wird, der *heres und legitimus successor* auch seiner beiden, theils kinderlos, theils ohne männliche Descendenz gebliebenen, beiden Oheime. Allerdings erhoben die Töchter des Pfalzgrafen Heinrich, auf welche die von der Mutter herrührenden pfälzischen Besitzungen übergegangen waren, Ansprüche auf Braunschweig und verkauften dieselben an den Hohenstaufen Kaiser Friedrich II., welcher jedoch, nach vergeblich versuchter gewaltsamer Durchführung, einen Friedensvergleich mit Otto dem Kinde 1235 abschloß, kraft dessen Braunschweig und Küneburg zu einem reichslehenbaren Herzogthum erhoben wurde, mit der ausdrücklichen, das welfische Familienrecht anerkennenden Festsetzung, daß es ein „*feudum in haeredes, filios et filias, haereditarie devolvendum*“ sein solle. Daß Otto das Kind durch diesen Friedensschluß zwischen dem welfischen und dem hohenstaufischen Hause jene Prätensionen als Recht anerkannt habe, ist nicht wahr und die von Hrn Bohlmann versuchte Unterscheidung zwischen *feudum datum* (Braunschweig) und *feudum oblatum* (Küneburg) steht mit der Beides als ein Ganzes behandelnden und die erhobenen Ansprüche nur referirenden Urkunde, sowie damit, daß sich Herzog Otto im realen Besitze auch von Braunschweig bei Errichtung des *pactum investiturae* von 1235 befand, im Widerspruch.

2. Die Grundlage des Successionsrechts im welfischen Hause blieb forthin das durch den Lehenbrief von 1235 bestätigte Haus- oder Familienrecht. Ein cognatisches oder Töchtererbrecht, mit Ausschluß der nächsten Agnaten oder Schwertmagen, hat, wie eine länger als sechshundertjährige Geschichte bezeugt, niemals aufkommen können. Braunschweig-Lüneburg war, dem schon längst gebrauchten Ausdruck gemäß, ein *feudum foemininum subsidiarium*. Andererseits ist das in dem *pactum investiturae* von 1235 ausdrücklich anerkannte eventuelle oder subsidiäre Erbrecht der Töchter niemals aufgehoben oder erloschen, weder durch eine ausdrückliche Aenderung jenes *Pactums* oder andere hausgesetzliche Bestimmung, noch durch irgend einen Successionsfall, der als Grundlage einer entgegenstehenden Observanz betrachtet werden könnte. Daß die späteren Lehenbriefe der Kaiser des eventuellen Successionsrechts der Cognaten nicht gedenken, ist ganz irrelevant; der zu einer Aenderung des *pactum investiturae* nothwendige *animus novandi*, wird durch keine einzige Thatsache bekundet und auch die Erlangung der auf einer besondern Belehnung beruhenden Kurwürde Seitens der jüngern oder Wilhelm'schen Linie hat an dem Rechtsverhältniß des Gesamtlehens gar nichts geändert. Hat aber das cognatische Successionsrecht dem Rechte nach fortbestanden, so konnte und durfte es auch durch keinerlei an Dritte bewilligte Eventualbelehnung oder Expectanzbriefe des Kaisers verletzt oder beseitigt werden. Andererseits konnte das cognatische Successionsrecht nicht, wie Herr Bohlmann glauben machen will, bei der mit dem Wegfallen der Reichslehensherrlichkeit im Jahre 1806 eingetretenen Appropriation des Lehens in der vor 1235 vorhandenen Gestalt wieder aufleben; sondern es bestand fort, innerhalb der Grenzen oder Schranken, welche es in der ganzen Zeit des Reichs forthin gehabt

hatte; d. h. in seiner Wirksamkeit bedingt durch das völlige Erlöschen des Mannsstammes des welfischen Hauses; also ganz so, wie es auch die neuern Hausgesetze und die Landesgrundgesetze von Hannover (1833 und 1840) und von Braunschweig (1832) ausdrücklich anerkannt haben.

3. Daß durch die im braunschweig-lüneburgischen Hause seit 1267 vollzogenen und häufig sich wiederholenden Theilungen, bei welchen sich aber wiederholt das Recht der gesamten Familie in einer Linie (so nach 1355 und 1634) concentrirte, das agnatische Successionsrecht der Seitenverwandten gebrochen worden sei, ist eine völlig unrichtige, durch den Gang der Geschichte zur Genüge widerlegte Behauptung. Denn es ist

a. falsch, daß durch die Verwandlung der welfischen Allodien in ein Reichslehen die s. g. gesammte Hand im Sinne des älteren deutschen Rechts die Grundlage und Bedingung des Successionsrechts der Agnaten geworden sei. Wenn dies auch nach allgemeinem deutschen Lehenrecht (im Gegensatz zu dem diese Bedingung nicht kennenden longobardischen Lehenrecht) unleugbar der Fall war, weil das deutsche Lehenrecht ein Successionsrecht der Seitenverwandten im Lehen an sich gar nicht statuirt, so konnte doch dieser Rechtsatz auf Braunschweig-lüneburg als ein feudum haereditarie, in haeredes devolvendum, wenn diese Hauptbestimmung des pactum investiturae einen Sinn haben sollte, keine Anwendung finden. Es konnte dies nichts anderes heißen, als daß in Betreff des Successionsrechts nicht das beschränkte Lehenrecht, sondern das Landrecht entscheiden solle, welches ausgemachter Weise die Succession der Seitenverwandten, der Schwertmagen, nicht

von der fortdauernd bestandenen gesammten Hand abhängig macht. Es sind aber auch

b. die Theilungen im braunschweig-lüneburgischen Hause niemals solcher Art gewesen, daß die gesammte Hand zwischen der abgetheilten Linie dadurch gebrochen worden wäre, oder hätte gebrochen werden müssen; mit einem Worte, wie auch alle des braunschweig-lüneburgischen Staats- und Fürstenrechts Kundige längst und in übereinstimmender Weise anerkannt haben, es waren keine f. g. Totttheilungen im Sinne einer die Scheidung des Rechts selbst und der Gesamt-Gewehre vollziehenden Absonderung. Denn die locale oder geographische Abgrenzung der Rechtsausübung, der Regierung und der Landeseinkünfte, genügt an sich nicht zur Annahme einer Totttheilung; häufig haben die braunschweig-lüneburgischen Fürsten derselben und verschiedener Hauptlinien ihre Anthteile wieder zusammengeworfen (das to hope setzen von Land und Leuten, wie es in den Hausverträgen des 13. bis 16. Jahrhunderts so oft vorkommt). Außerdem sind sie aber auch bei allen Theilungen und besonders bis zu der Zeit, wo die Gesamtbezeichnungen dem Reiche gegenüber vollständig geordnet waren und vom Senior des Hauses für Alle empfangen wurden, der Annahme, daß eine Rechtsabsonderung oder Scheidung zwischen den Theilenden vollzogen werden solle, durch Festsetzungen der unzweideutigsten Art stets entgentreten. Dazu gehört vor Allem der ausdrückliche Vorbehalt und die nähere Bezeichnung der völlig ungetheilt bleibenden Stücke und zwar gerade solcher, mit welchen die ungetheilte Gemeinschaft des Hauptrechts ausgesprochen wurde. Nach dem pactum investiturae von 1235 war das Herzogthum gegründet auf die civitas de Brunsvic und das castrum de Lünehorch. Alle übrigen

Bestandtheile der lehenbar gewordenen welfischen Allodialmasse an Schlössern, Städten 2c. verhalten sich dazu nur als Pertinenzstücke und werden in dem Lehenbriefe von 1235 ausdrücklich als solche bezeichnet. Nun werden aber eben die Städte Braunschweig und Lüneburg (zuweilen auch noch andere wie z. B. Hannover) als solche bezeichnet, welche ganz gemeinschaftlich bleiben sollen und es blieben sonach mit der Hauptsache auch die Pertinenzen de jure ungetheilt. Wir finden aber auch andere Stücke in sehr charakteristischer Weise der Theilung ganz entzogen; so die nur vermöge des Reichsfahnlehns der fürstlichen Gewalt unterworfenen „freien Leute“; ferner das Fahnlehen selbst, wodurch eben dem Reiche gegenüber der Gedanke der fortdauernden Einheit oder Gemeinschaft einen entschiedenen Ausdruck findet; endlich, um nur noch Eins zu erwähnen, alle Außenlehen oder auswärtige Vasallen, wodurch eben nach Außen hin documentirt wird, daß alle Glieder des Hauses ein Rechtssubject bilden und womit die immer sich wiederholenden Erklärungen, daß heimgefallene Lehen Allen in gleicher Weise zuwachsen, wenn sie nicht einem ausschließlich überwiesen sind, im Zusammenhang stehen. Später, als die Gesamtbelehrnung geordnet war, brauchte man auf die Fortdauer der von Alters her überbrachten Communions-Verhältnisse nicht mehr ein solches Gewicht wie früher zu legen. So wird daher z. B. auch die Stadt Braunschweig, nach der gemeinsam erzielten Unterwerfung im Jahre 1671, dem Herzog Rudolph August, gegen Entschädigung der lüneburgischen Vettern, allein überlassen. Bekannt ist aber, daß gewisse Communionsverhältnisse, z. B. der f. g. Communionsharz, bis auf die neueste Zeit, als Reste der ungetheilten Rechtsgemeinschaft fortbestanden haben.

Einen andern vollgültigen Beweis für die fortdauernde Rechtsgemeinschaft bilden die Gesamthuldigungen in dem Sinne, daß die Unterthanen der einen Linie auch den Fürsten der andern Linie die Erbhuldigung leisten mußten. So wurde in einem Vertrage von 1415, errichtet zwischen Bernhard und Heinrich, den Stiftern der mittleren lüneburgischen und braunschweigischen Linie, festgesetzt: „Auch sollen alle unsere Land und Leute, die wir jetzt haben und noch bekommen werden, in welcher Weise das geschehe, eine Gesamt-Erbhuldigung thun und zu ewigen Zeiten bei uns und unseren Erben ungetheilt bleiben.“ (Ribbentrop, Beiträge S. 74). Diese gegenseitige Erbhuldigung wurde forthin beibehalten und wiederholt stipulirt, wie namentlich in dem Hauptvertrage des ganzen mittleren braunschweigischen und lüneburgischen Hauses von 1442 (Erath, histor. Nachricht S. 72). Deshalb erinnern auch die braunschweig-lüneburgischen Gesandten bei einer Verhandlung während des Reichstags zu Augsburg 1566, als es sich darum handelte, die Fürsten von Grubenhagen in die Reichsgesamtbefehlung aufzunehmen, daran, daß eine gegenseitige Erbhuldigung der Unterthanen Statt finde, und verbinden damit die weitere höchst bemerkenswerthe Aeußerung: „Ueberdas hat es „auch bei den gedachten Fürstl. braunschweig. und lüneburg. „Räthen den Verstand, daß Herzog Ernst und seine Brüder“ (die drei damals noch lebenden Herzöge von Braunschweig-Grubenhagen) „mit ihren gnädigen Herrn“ (von Lüneburg und Braunschweig) „ohne das in Sammtlehen sitzen „und daß es allein daran mangelt, daß es in Briefen und „Siegel“ (d. h. einem kaiserlichen Sammtlehenbrief) „nicht vorgesehen.“ Auch später hat die eventuelle Huldigung an die fürstl. Successoren der andern Linie einen Bestandtheil des Lehens- und Dienstleides gebildet und tritt noch heutiges Tages

in dem Huldigungsseide der hannoverschen Unterthanen hervor. Daß es ebenso in Braunschweig-Wolfenbüttel gehalten werde, bezeugt z. B. noch Ribbentrop, Beiträge S. 74.

c. Im Bewußtsein der fortdauernden Rechtsgemeinschaft (*unio perpetua*, wie es ältere Schriftsteller ausdrücken) des fürstlich braunschweigisch-lüneburgischen Hauses und seiner angestammten Lande, wie sie auch von den deutschen Kaisern wiederholt ausdrücklich anerkannt worden ist und daneben in der Führung des gemeinsamen Titels und Wappens einen symbolischen Ausdruck bewahrte, hat man stets an dem Grundsatz festgehalten, daß Veräußerungen eines der in der Rechtsgemeinschaft stehenden Stücke in ihrer Gültigkeit durch die Zustimmung der Glieder der andern Linie bedingt sei, und hat, mit wenigen Ausnahmen, da, wo eine andere Linie zur Succession gelangte, um so mehr die Unverbindlichkeit der geschehenen Veräußerung geltend gemacht, als man sich auch dabei auf die wiederholten Stipulationen der Hausverträge berufen konnte. Auch hat man

d. bei allen Theilungen dafür gesorgt, daß durch ausdrücklichen Vorbehalt des gegenseitigen Successionsrechts der Annahme eines, in der vorgenommenen Theilung liegenden, Verzichts entgegengetreten werde. Solcher conservatorischer Erbverträge hat (seit der ersten Theilung von 1269) fast jedes Jahrhundert eine Mehrzahl aufzuweisen und urkundliche Belege dafür haben wir, was das alte braunschweigische und lüneburgische Haus betrifft, von 1292, 1322, 1345, 1370, 1380; in dem mittlern braunschweigischen und lüneburgischen Hause z. B. von 1428, 1432, 1442, 1569 (meistens schon nachgewiesen von Grath in der histor.

Nachricht von den Erbtheilungen), wozu dann später noch die zwischen der cellischen und wolffenbüttelschen Linie seit 1635 abgeschlossenen Hausverträge kommen, wie namentlich der Vertrag wegen Rauenburgs vom 25. Jan. 1706 und der Vertrag zur Erledigung der Gesamtbelehnungs-Differentien v. 6. November 1739.

Unter allen diesen Umständen ist nicht zu verwundern, daß auch die Kaiser als Inhaber der Reichslehnherrlichkeit, wenn auch in einzelnen Fällen (wie namentlich von Karl IV. beim Erlöschen des alten lüneburgischen Hauses und später von Maximilian II. bei dem wahrscheinlich gewordenen Aussterben des Grubenhagenschen Mannsstammes) der Versuch gemacht wurde, die Theorie von der durch die Theilung gebrochenen gesamten Hand zum Nachtheil des braunschweig-lüneburgischen Hauses geltend zu machen und die bisher von den einzelnen Linien empfangene besondere Belehnung zur Begründung eines angeblich eingetretenen oder zu erwartenden Heimfalls beim Erlöschen einer Speciallinie für sich oder Andere auszunutzen, sich doch der allgemeinen Anerkennung der die Zweige des welfischen Hauses fortdauernd verbindenden materiellen gesamten Hand durch eine alle Glieder des Hauses allmählich umfassende, Gesamtbelehnung und durch die urkundliche Bestätigung des gegenseitigen Successionsrechts derselben, nicht haben entziehen können. Der älteste Gesamtlehnbrief für Bernhard und Heinrich und deren Söhne, die Stifter der mittlern braunschweigischen und lüneburgischen Linie, ist vom König Ruprecht 1403 ausgefertigt. Grubenhagen war allerdings in dieser Gesamtbelehnung nicht begriffen und auch in den andern Linien kommen nachher, zur Zeit Max I., Sonderbelehnungen vor. Kaiser Karl V. stellte aber auf Ansuchen der Herzöge

Franz Otto (Lüneburg) und Heinrich d. J. (Braunschweig) die in der Gesamtbelehnung Max II. von 1570 (welche ausdrücklich auch die Herzöge von Grubenhagen in sich aufnahm) wörtlich wiederholte Erklärung vom 19. Juni 1555 aus, daß die im braunschweig-lüneburgischen Hause Statt gefundenen sonderlichen Belehnungen „keinen Theil an seiner Gerechtigkeit der Sammtlehen präjudiciren“ solle; daß der Senior der Häuser Braunschweig und Lüneburg die Lehen für Alle empfangen könne und daß Jeder, der bisher eine besondere Belehnung empfangen habe, doch so angesehen werden solle, als ob er in der sambtlichen Lehenschaft begriffen gewesen sei. Im Hinblick auf die Bohlmann'schen Deductionen und die Rechte, die Hr. Bohlmann aus der dem Kurfürsten Joachim von Brandenburg im Jahre 1564 auf Grubenhagen ertheilte Expectanz ableiten will, ist diese urkundliche Versicherung des Kaisers von 1555 von besonderer Erheblichkeit. Es ergibt sich daraus noch um so einleuchtender die völlige Rechtswidrigkeit dieser Expectanzverleihung. Wäre sie aber auch gar nicht vorhanden gewesen, so würde doch, da der Kaiser ja nur das bestehende Recht des braunschweig-lüneburgischen Hauses anerkannte und es nicht etwa erst begründen wollte, der brandenburgischen Expectanz die Einrede der Erschleichung und gänzlicher Nichtigkeit entgegengestanden haben, und wenn die Fürsten des braunschweig-lüneburgischen Hauses, an der Spitze Herzog Julius von Braunschweig, auch formell dieser rechtswidrigen Expectanzertheilung die Spitze dadurch abzubrechen suchten, daß sie sich durch den Vertrag zu Braunschweig vom 13. März 1566 gegenseitig, einschließlich der Fürsten von Grubenhagen, die gesammte Hand und das gegenseitige Successionsrecht ausdrücklich zuerkannten und die Aufnahme der grubenhagenschen Fürsten in die Gesamt-

belehrung beim Kaiser Max II. auf dem Reichstag zu Augsburg betrieben und 1570 wirklich erlangten; so haben sie sich nur gegen die brandenburgischen, ihr unbestreitbares Recht verletzenden, Machinationen verwahrt und den ihnen „gespielten Streich“ unschädlich zu machen gesucht. Von der Verletzung eines „wohlerworbenen Rechts“ des Hauses Brandenburg kann dabei nur Derjenige fabeln, welcher Recht und Geschichte auf den Kopf zu stellen keinen Anstand nimmt. Und wie Kaiser Max II. selbst erkannt hat, daß er durch die Vorspiegelung eines bevorstehenden Heimfalls des Fürstenthums Grubenhagen an das Reich düpiert worden sei, zeigt, nächst dem Lehnbrief von 1570, ganz augenscheinlich der dem Kurfürsten Johann Georg von Brandenburg ertheilte Expectanzbrief von 1574, durch welchen, an der Stelle der auf Grubenhagen beschränkten Expectanz von 1564, dem Brandenburger und seinen Nachkommen eine Anwartschaft auf die gesamten braunschweig-lüneburgischen Lande für den Fall des gänzlichen Aussterbens des gesamten welfischen Mannsstammes ertheilt wurde. Daß auch diese Expectanz rechtlich ungültig ist, weil sie das im braunschweig-lüneburgischen Hause begründete und durch das pactum investiturae von 1235 anerkannte cognatische Erbrecht in verletzender Weise ignorirt, versteht sich ganz von selbst und wollen wir uns bei diesem hoffentlich nie praktischen Punkte weiter nicht aufhalten. Ganz unbegreiflich wird jedenfalls für jeden unbefangenen Beurtheiler der einschlagenden Verhältnisse bleiben, wie man die Stirn haben kann, nach der vom Kurfürsten Johann Georg angenommenen Expectanz von 1574 noch von einem aus der Expectanz von 1564 geltend zu machenden Rechte zu reden. Hr. Bohlmann leistet aber gerade hier, wie wir gesehen haben, das Aeußerste. Ihn genirt das gar nicht, daß die von ihm selbst abgedruckte Urkunde von 1574

auf das deutlichste die neue erweiterte Expectanz als eine Entschädigung für die aus der Anwartschaft von 1564 vermeintlich erlangten Rechte gegen den Kaiser bezeichnet; daß die neue Expectanzverleihung gar keinen Sinn und keinen Zweck hatte, wenn sie nicht das Aufgeben der 10 Jahre vorher gegebenen in sich schloß und ebenso wenig, daß eine kaiserliche Expectanz auf Grubenhagen auch nicht den mindesten Rechts-Anspruch auf das jetzige Herzogthum Braunschweig begründen kann. Einen von den concludentesten Factis getragenen stillschweigenden Verzicht will Hr. Bohlmann nicht gelten lassen. Der Umstand allein, daß Kurfürst Johann Georg im Jahre 1596, als die Grubenhagensche Linie wirklich erloschen war und Heinrich Julius von Braunschweig sich in den Besitz des Fürstenthums gesetzt hatte, in einem an seinen Neffen gerichteten Handschreiben an seine vermeintlichen Rechte aus der Expectanz von 1564 erinnerte, oder, wie wir sagen müssen, zu erinnern sich nicht schämte, ohne sie jedoch nach erhaltener zurückweisender Antwort irgendwie weiter zu verfolgen, oder, was gewiß ebenso natürlich als nothwendig war, in dem zwischen den lüneburgischen und braunschweigischen Agnaten beim Kais. u. Reichshofgericht verhandelten Rechtsstreit als Intervenient zu verfolgen, — ist ihm Beweis genug, daß Brandenburg seine Ansprüche nicht aufgegeben habe und sie noch heutiges Tages auf das beliebig untergeschobene Surrogat, das Herzogthum Braunschweig, geltend machen könne. Fast sollte man glauben, Hr. Bohlmann meine, eine aus der Luft gegriffene Protestation sei ein ganz genügendes Rechtsbegründungsmittel. Herzog Heinrich Julius (Enkel des Kurfürsten Joachim II.) antwortete, wie Hr. Bohlmann selbst S. 24 in dankenswerther Weise referirt, am 25. Juni 1596: „Kurfürst Joachim II. habe befremdlicher Weise ihn, der von Joachims Tochter im Jahre 1564 geboren worden,

in demselben Jahre durch die Expectanz um sein Erbe geschmälert und er könne doch wohl erwarten, daß aus dieser verwandtschaftlichen Rücksicht Johann Georg auf seiner Forderung nicht bestehen werde“. Kurfürst Johann Georg verschluckte die etwas überzuckerte, aber gewiß recht bittere, Pille und schwieg, wie er ehrenhalber nicht anders konnte. Für Hrn. Bohlmann existirt aber in dieser Antwort nur die höfliche Erinnerung an die verwandtschaftliche Rücksicht. Er meint: Als Grubenhagen in Folge des erwähnten Processus von Friedrich Ulrich herausgegeben werden mußte, „lag für das Kurhaus Brandenburg zu jener Rücksicht kein Grund mehr vor“. Also hat nun wohl, sollte man als Nachsag erwarten, Brandenburg seine Rechte jetzt ohne Rücksicht geltend gemacht? Ach nein, Brandenburg hat auch fernerhin rücksichtvollster Weise über anderthalb Jahrhunderte bis auf diesen Tag geschwiegen und weder beim Kaiser, noch beim Reichskammergericht, noch bei Herzog Christian von Celle noch sonst irgendwo und irgendwie seine Ansprüche geltend gemacht und dieselben weder bei Auflösung des Reichs sich reservirt, noch auf dem Wiener Congreß und den gleichzeitigen oder spätern Gebietsaustausch- oder Territorialregulierungsverhandlungen und mit Hannover abgeschlossenen Verträgen angemeldet oder auch nur leise in Erinnerung gebracht! Hr. Bohlmann versichert trotz alledem (S. 25), „es habe später an jeder Gelegenheit gefehlt, die Expectanz von 1564 in einer entschiedenern Weise geltend zu machen“.

Wenn aber auch überhaupt die brandenburg-grubenhagensche Expectanz von 1564 je rechtlichen Bestand gehabt hätte und der erweiterten von 1574 nicht das cognatische Erbrecht im braunschweig-lüneburgischen Hause entgegenstände, wenn

Braunschweig Grubenhagen wäre und die Expectanz von 1574 nicht die Aufhebung der von 1564 in sich schloße, was, fragen wir, wäre denn für die jetzige Zeit damit gewonnen, wo mit der Auflösung des deutschen Reichs der Debitor völlig cessirt, gegen den allein das etwaige Recht aus einer kaiserlichen Expectanz geltend gemacht werden könnte? wo von Successoren die in seine Verpflichtungen eingetreten wären, der Natur der Sache nach gar keine Rede sein kann? Daß eine Expectanz auch nicht bedingter Weise ein dingliches Recht an ihrem Gegenstand constituirte, wie dies bei der Eventual-Belehnung der Fall ist, sondern nur ein obligatorisches Verhältniß zwischen dem Lehnsherrn und Expectativirten, resp. ihren beiderseitigen Erben und Nachkommen begründet, ist bis jetzt doch wohl allgemein anerkannt und unbezweifelt Rechtens gewesen. Auch ist eine Lehens-Expectanz offenbar kein Erbvertrag. Sie begründet kein unmittelbar geltend zu machendes Successionsrecht, sondern nur eine rechtlich begründete Erwartung auf Lehensconstitution gegen den, welcher sie ertheilte. Indessen Hr. Pohlmann weiß auch hiergegen Rath. Die Gegensätze zwischen obligatorischer und dinglicher Befugniß (sagt er S. 53) „drücken die historische Substanz des Lehensbandes nicht erschöpfend aus“, die Expectanz auf eine Landeshoheit ist staatsrechtlicher Natur und haftet „analog einer Staatsschuld“ auf dem Lande selbst, für welches sie ertheilt ist. Also kann Preußen auch jetzt noch und in alle Ewigkeit sein Recht aus der kaiserlichen Expectanz von 1564 geltend machen. — Hoffentlich wird sich aber Niemand von dem Glanze dieser neuen Theorien bestechen lassen, die, einfach ausgedrückt, auf, juristische Absurditäten umhüllende, Phrasen hinauslaufen. — Daß das begründete Lehensverhältniß gemischter Natur ist, insofern sich mit dem *dominium directum* und *utile* gegenseitige Obligationen von

Lehnsherrn und Vasallen verknüpfen, weiß jeder Anfänger der Feudal-Jurisprudenz; eben so gewiß ist aber auch, daß dadurch an der rechtlichen Natur der Lehnsexpectanz als eines bloßen auf eine Investitur gerichteten Versprechens, mag dasselbe einen Gegenstand betreffen, welchen es wolle, mag derselbe staatsrechtlicher oder privatrechtlicher, resp. gemischter Natur sein, nicht das Mindeste geändert wird. Und zugegeben, daß eine Expectanz, welche ein Regent auf Thronlehen für den Fall der Eröffnung derselben erteilt hat, auch seine Regierungsnachfolger bindet; immer bleibt als wesentliche Voraussetzung bestehen, daß überhaupt von einer Regierungsnachfolge oder Staatsuccession die Rede sein kann. Wo ein Staatskörper so wie das deutsche Reich aufgelöst wird und gar keine Rechtsnachfolger in Betreff seiner Hoheitsrechte existiren, ist selbstverständlich auch der Uebergang der Hoheitspflichten ausgeschlossen. Daß deutsche Fürsten, insoweit es ihnen vortheilhaft erschien, kaiserliche Rechte occupirt haben — abgesehen von der ipso jure eintretenden Vervollständigung ihrer Landeshoheit zur Souverainetät — ist allerdings Thatsache; und so haben sie sich namentlich auch die Lehnsherrlichkeit über die mediatisirten Reichsstände theilweise beigelegt, obwohl die rechtliche Folge des Aufhörens der Reichslehnsherrlichkeit nur die einer Appropriation sein konnte. Allein solche Facta, welchen andere Facta contraria überdies alle Kraft entziehen, bilden noch kein Jus; und zugegeben, der Rechtspunkt gestaltete sich anders, wer soll denn als der Successor in die vormalige Reichslehnsherrlichkeit über souverain gewordene deutsche Staaten oder Bestandtheile derselben betrachtet, wer soll als das durch die kaiserliche Expectanz verpflichtete Subject angesehen werden? — Mit der Analogie der Staatsschuld endlich, auf welche Fr. Bohlmann großes Gewicht zu legen scheint, kommt man um

keinen Schritt weiter. Auch Staatsschulden sind an sich rein obligatorische Verhältnisse, die nur den Debitor und seine Erben oder jeden Staatssuccessor verpflichten, die aber nothwendig erlösen müssen, wenn von einer Nachfolge in die Staatsgewalt, die sie contrahirt hat, in keiner Weise die Rede sein kann.

Hr Bohlmann hat aber, wie wir schon in dem kurzen Referat seiner überraschenden Deductionen hervorhoben, noch andere Entdeckungen zur Rettung der Fortdauer seiner brandenburgischen Expectanzen, insbesondre der von 1564, gemacht. Erstens behauptet er (S. 29), diese Expectanzen hätten sich dadurch in Eventualbelehnungen verwandelt, daß Brandenburg 1639 vom Kaiser „mit allen bisher erlangten Rechten und Anwartschaften beliehen worden sei.“ Angenommen indeß, daß sich dies wirklich so verhalte, heißt das denn, die Expectanz ist in eine Eventualbelehnung verwandelt worden? Ganz gewiß nicht. Die Anwartschaft blieb trotz dem eine Anwartschaft, wie überhaupt kein Recht dadurch seinen innern Charakter ändert, daß es Gegenstand der Belehnung wird; und die juristische Bedeutung dieses Umstandes beschränkt sich für Jeden, der sehen will, darauf, daß die Verbindlichkeit der ertheilten Anwartschaften für die Nachfolger im Reiche, deren Verpflichtung aus Expectanzen der Vorgänger eine sehr bestrittene Sache war, dadurch verstärkt werden, oder eine „Corroboraton“ erhalten sollte. — Zweitens, versichert Herr Bohlmann (S. 26): „Die Streitfrage, ob die Auflösung des deutschen Reichs 1806 die kaiserlichen Expectanzen, wie hier die Grubenhagensche, ungültig gemacht habe, reiche an das Privilegium von 1564 gar nicht hinan. Der in demselben vorgesehene Fall sey im J. 1596, also mehr als zwei Jahrhunderte vor dem Aufhören des Reichsverbandes eingetreten; Preußen würde also, wenn es jetzt mit

Ansprüchen aus der Grubenhagenschen Expectanz hervorträte, nur einen Rechtstitel exequiren, hinsichtlich dessen schon 1596 *actio nata* vorlag.“ Allein auch mit dieser feinen Wendung wird nicht das Mindeste gewonnen. Denn offenbar ist es für ein erloschenes Recht völlig gleichgültig, wann es mit einer Klage hätte geltend gemacht werden können und wo kein Schuldner mehr existirt, kann es nichts helfen, wenn man die Klage auch schon Jahrhunderte früher hätte anstellen können. Auf die von Hr Bohlmann auch behandelte Frage, wie es zur Zeit der Ertheilung der fraglichen Expectanzen mit der reichsverfassungsmäßigen Berechtigung der Kaiser zur Ertheilung von Expectanzen auf Reichsthronlehen gestanden habe, brauchen wir uns unter diesen Umständen gar nicht einzulassen, und wollen die Leser nur noch auf einen Satz der Bohlmann'schen Schrift aufmerksam machen, welcher den neuen Theorien des Verfs die Krone aufsetzt. In Verbindung mit der Ausführung, daß die Landesherrn ursprünglich nur kaiserliche Beamte gewesen und die Landeshoheit auch später eine dem Kaiser untergeordnete obrigkeitliche Macht über ein Territorium des Reichs geblieben sei, sagt Hr Bohlmann S. 54: „Von diesem Standpunkt aus stellt sich ein expectivirter Herrscherstamm ursprünglich als im Voraus Ein für Allemal zum Nachfolger im Amt resp. in der Landeshoheit designirt dar; in so fern beruhen Expectanz und vasallisches Verhältniß auf gleicher Quelle (??). Später (?) gewinnen aber viele Expectanzen, und so die hier vorliegenden von 1564 und 1574, den Charakter eines *Requivalents* (!) für Verdienste um das Reich und bei dem über das Reichsvermögen im Anfang dieses Jahrhunderts ausgebrochenen Quasi-Liquidationsverfahren werden unsere Anwartschaftsrechte so zu sagen unter den Passivis des Reichs vorgefunden.“

— Das ist doch, so zu sagen, eine ganze Sammlung von juristischem Konsens in einem Satze! — —

Fassen wir schließlich die für die s. g. braunschweigische Successionsfrage in Betracht kommenden Hauptpunkte noch kurz zusammen, so stellen sich als unbestreitbare Sätze heraus:

1. Der Anspruch der Krone Hannover auf die Thronfolge im Herzogthum Braunschweig für den Fall, daß die dasige Speciallinie im Mannsstamm erlöschen sollte, beruht auf der alten und rechtlich vollkommen feststehenden Successionsordnung des welfischen Fürstenhauses. Das Recht Hannovers ist in seiner historischen Basis Jahrhunderte älter, als irgendwie von hohenzollern-brandenburgischen Anwartschaften die Rede sein konnte. Unleugbar ist der Vorzug des Mannsstamms vor Töchtern und allen Cognaten; unleugbar aber auch das durch das pactum investiturae von 1235 anerkannte und rechtlich nie erloschene eventuelle oder subsidiäre Erbrecht der Cognaten.

2. Das Successionsrecht der agnatischen Seitenverwandten konnte durch die Theilungen nicht gebrochen werden und ist in Wahrheit niemals gebrochen worden. Die unio perpetua der braunschweig-lüneburgischen Lande, die fortdauernde Rechtsgemeinschaft der Zweige des welfischen Hauses steht unwiderleglich fest. Sie wird im Laufe einer länger als sechshundertjährigen Geschichte erwiesen durch den Inhalt und Charakter der Theilungen selbst, durch den von Jahrhundert zu Jahrhundert sich wiederholenden Wiederzusammenschluß getrennter Theile, durch eine ganze Reihe von Präcedenzfällen, in welchen das agnatische Successionsrecht der Seitenverwand-

ten geltend gemacht worden ist, durch die zu allen Zeiten dieses gegenseitige Successionsrecht anerkennenden Hausverträge, und seit dem 16. Jahrhundert auch dem Reich gegenüber, durch die ununterbrochen fortbeobachtete Form der Gesamtbelehnung.

3. Die Auflösung des deutschen Reichs im Jahre 1806 hat in der hier in Betracht kommenden Beziehung keine andere Wirkung gehabt, als die völlige Erlöschung der lehensherrlichen Rechte von Kaiser und Reich in Betreff des Herzogthums Braunschweig-Lüneburg und seiner Pertinenzen und des Wegfalls aller Ansprüche, die ihrer Natur nach nur gegen Kaiser und Reich als das verpflichtete Subject geltend zu machen waren. Das Successionsrecht und die Successionsordnung in der bis dahin vasallitischen Familie des welfischen Hauses hat, einem ganz allgemein anerkannten Rechtsatz gemäß, durch die eingetretene Appropriation des Reichslehens, gar keine Aenderung erfahren, und die hannoverschen und braunschweigischen Haus- und Landes-Verfassungsgesetze der neuern Zeit haben nur das uralte Recht des Gesamthauses bestätigt, wenn sie das gegenseitige Successionsrecht der hannoverschen und braunschweigischen Speciallinie ausdrücklich anerkennen und eine Sanction des Vorzugs des Mannsstammes, sowie den eventuellen Eintritt eines cognatischen Successionsrechts aussprechen.

4. Sowie hiernach überhaupt Niemand existirt, der prioritätische Ansprüche auf Braunschweig vor der Krone Hannover geltend machen könnte, so sind auch die von Hr Bohlmann für Preußen ans Licht gestellten s. g. Rechtsgründe völlig nichtig und unhaltbar. Kaiserliche Expectanzen können überhaupt heutiges Tages keinen Rechtstitel mehr bilden zur Begründung eines Successionsrechts; die Expectanzen von 1564

und 1574 verletzten das Recht des welfischen Hauses und waren schon deshalb von vornherein nichtig; die zum Präjudiz dieses Hauses erschlissene Expectanz von 1564 ist durch die Anwartschaft von 1574 aufgehoben und könnte, auch wenn sie noch in rechtlicher Wirksamkeit bestände, keinen Anspruch auf Braunschweig geben, da sie gar nicht dieses, sondern das Fürstenthum Grubenhagen zum Gegenstand gehabt hat. — Wo möglich noch leerer und unerfindlicher aber ist die Verurteilung auf die cognatischen Erbrechte Preußens. Ein cognatisches Erbrecht, welches, wie es hier vorausgesetzt wird, vor gänzlicher Erlöschung des Mannsstamms wirksam werden könnte, hat im welfischen Hause niemals in anerkannter Wirksamkeit bestanden. Hätte es aber auch existirt, so ist es unbestreitbar seit 1235 in ein durchweg subsidiäres verwandelt worden. Nimmt man dagegen, wie Hr Bohlmann will, an, mit der Errichtung des Reichslehens Braunschweig-Lüneburg sei überhaupt das cognatische Erbrecht ganz erloschen, so konnte es mit der Aufhebung der Lehensqualität nicht von selbst in der alten Gestalt wiederaufleben; es konnte den einmal zum geltenden Rechte gewordenen, im Verlaufe von sechs Jahrhunderten und darüber ohne Abweichung befolgten Grundsatz vom unbedingten Vorzuge des Mannsstammes durch sein Wiedererwachen nicht beeinträchtigen und nicht mit rückwirkender Kraft die Hausgesetze und Landesverträge über den Haufen werfen, welche, mit Ausschluß aller Töchter und Cognaten, den Mannsstamm des welfischen Hauses zur Succession berufen.

5. Verhielte sich aber endlich in Betreff des cognatischen Erbrechts im braunschweig-lüneburgischen Hause Alles so, wie es Hr Bohlmann zu postuliren beliebt hat und gäbe es noch

zehnmal mehr Heirathen preussischer Prinzen und Herrscher mit welfischen Töchtern und umgekehrt, als von ihm auf einer besondern Stammtafel (II. D.) zusammengestellt worden sind, so würde damit doch noch kein prioritätischer Anspruch Preußens vor Hannover begründet sein. Denn wenn, wie allgemein anerkannt ist und auch von Herrn Bohlmann zugegeben wird, beim Eintritt der cognatischen Erbfolge die Nähe des verwandtschaftlichen Grades zum letzten Besitzer vom Mannsstamm zwischen den mehreren cognatischen Prätendenten entscheidet, so würde sich natürlich auch bei einer Beerbung des letzten Herzogs von Braunschweig, in Ermangelung einer lebenden Prinzessin des braunschweigischen Hauses, fragen, wer (abgesehen von den cognatischen Beziehungen anderer Fürstenhäuser, zu deren Abfertigung Hr Bohlmann die brandenburgische Expectanz von 1574 für genügend erachtet) der nähere Blutsverwandte des Herzogs Wilhelm sei, ob Se. Majestät der König von Hannover, oder Se. Majestät der König von Preußen? Nun weiß aber Hr Bohlmann für Letzteren kein näheres blutsverwandtschaftliches Verhältniß geltend zu machen, als daß die Urgroßmutter desselben, die Gattin des Prinzen August Wilhelm von Preußen (des Bruders Friedrichs d. Gr.), die Prinzessin Louise Amalie von Braunschweig war, von deren Vater, dem Herzog Ferdinand Albrecht II. von Braunschweig († 1735), Se. Hoheit der jetzt regierende Herzog Wilhelm von Braunschweig auch im vierten Grade abstammt. Hieraus ergibt sich eine cognatische Seitenverwandtschaft im achten Grade civiler, oder im vierten Grade gleicher Seitenlinie canonischer Computation. Dagegen ist Se. Majestät König Georg V. von Hannover mit Sr. Hoheit dem Herzog Wilhelm von Braunschweig, abgesehen von der, auf Ernst den Bekenner als gemeinschaftlichen Stammvater der beiden Linien des welfischen

Hauses zurückzuführenden, zur Begründung des Thronfolgerechts Hannovers allein schon genügenden, agnatischen Verwandtschaft, auch cognatisch näher verwandt, als König Wilhelm von Preußen, nämlich im sechsten Grade civiler oder dritten Grade canonischer Computation. Denn in cognatischer Beziehung treffen König Georg V. und der Herzog Wilhelm in Friedrich Ludwig, Prinzen von Wales († 1751), zusammen, dessen älteste Tochter, Prinzessin Auguste, Schwester Georg III., 1764 mit dem damaligen Erbprinzen Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig, dem Großvater des Herzogs Wilhelm, vermählt wurde. Die Prinzessin Auguste ist die Großmutter des Herzogs Wilhelm von Braunschweig und die Großtante Königs Georg V., womit die nähere cognatische Verwandtschaft des Letzteren zur Genüge erwiesen ist. Was Hr Bohlmann S. 64 über jene Ehe Karl Wilhelm Ferdinands mit der Prinzessin Auguste bemerkt, ist in der That völlig unverständlich. Er sagt: „Zwar stammt auch Herzog Wilhelm von Braunschweig, als Enkel Beider, in gerader Linie aus dieser Verbindung ab, nicht aber die heutigen Herrscher von Hannover. Es hieße die Schwiegerväter mit Agnaten verwechseln, wenn man auf diese Ehe hier Gewicht legen wollte.“ Vergebens bemüht man sich, in dieser Phrase irgend einen vernünftigen Sinn zu entdecken. Was soll hier die unbegreifliche Warnung, daß man Schwiegerväter und Agnaten nicht mit einander verwechseln dürfe? und wer hat das je gethan? Wenn es unleugbar ist, daß Friedrich Ludwig, der Prinz von Wales, der Urgroßvater sowohl des Herzogs Wilhelm als Königs Georg V. ist, so wird wohl auch Hr Bohlmann zugeben müssen, daß dies Blutsverwandtschaft und kein bloß schwägerschaftliches Verhältniß ist. Es bleibt daher ein völlig unlösbares Räthsel, was eigentlich

mit jenem Einwand hat gesagt werden sollen; und doch knüpft Herr Bohlmann unmittelbar daran die Schlußfolgerung: „Preußen ist also nach Maafgabe des alten welfischen Erbrechts in cognatischer aber neun Grade näherer Abstammung erbfolgebefugt in Braunschweig vor Hannover.“ — Wenn nicht Alles auf puren Unsinn hinanslaufen soll, so ist nur die Erklärung möglich, daß es in Betreff der cognatischen Verwandtschaft zweier Familien zu einer dritten einen Unterschied mache, ob eine Frau in dieselbe hineingeheirathet oder aus derselben herausgeheirathet hat. Dies hat aber Hr Bohlmann nirgends gesagt und wohl auch nicht behaupten wollen, da dann wieder nicht zu begreifen wäre, weshalb er alle Heirathen brandenburgischer Prinzessinnen in das welfische Haus hinein, zur Documentirung der vielfachen cognatischen Beziehungen beider Häuser mit einander, so sorgfältig registrirt hat.

Dies mag vorläufig zur Kennzeichnung und Würdigung der Bohlmannschen Denkschrift genügen. Einer weitem Ausführung, die hier nicht am Orte sein würde, wird auch die Nachweisung der völligen Richtigkeit Alles dessen vorbehalten bleiben müssen, was Herr Bohlmann insbesondere im sechsten Kapitel zur Bemängelung des unbestreitbar feststehenden agnatischen Successionsrechts im braunschweig-lüneburgischen Hause vorgebracht hat. Das gleich anfangs über die Schrift im Ganzen ausgesprochene Urtheil glauben wir schon jetzt für jeden Unbefangenen zur Genüge gerechtfertigt zu haben. Was Herr Bohlmann, offenbar im Gefühle der Schwäche seiner Rechtsdeductionen, kurz vor der Apostrophe an die braunschweigische Landesvertretung, mit poetischer Lizenz über die „Fahngemeinschaft“ zwischen Preußen und Braunschweig und „den Heldentod einer Reihe braunschweigischer Fürsten, den diese auf dem

Felde der Ehre für Preußen freudig erlitten haben“ eingeflochten hat, um damit zu beweisen, daß, abgesehen von den Rechtstiteln, den braunschweigischen und den preussischen deutschen Volkstheil noch ein Band von tiefer und inniger Weihe umschlinge, welches den Verträgen und Verwandtschaften, auf welche sich die Abhandlung stütze, eine ganz besondere (!) Bedeutung gebe“, entzieht sich selbstverständlich jeder wissenschaftlichen Kritik. Jedermann wird aber billig fragen, wo denn die Opfer seien, die Preußens Fürsten für Braunschweig gebracht haben, da es doch gewiß für Ansprüche Preußens auf Braunschweig nur hierauf, nicht aber darauf ankommen könne, was Braunschweigs Herzöge, nicht immer im wohlverstandenen Interesse ihres Landes und zum Theil mit den unheilvollsten Folgen für das ganze Herzogthum, für Preußen gethan haben. Und wenn endlich Hr Bohlmann das 9te Kapitel auf S. 65 so beschließt:

„Beim Zusammentreffen so bedeutender Verknüpfungsmomente ist es wohl natürlich, daß man jetzt in Braunschweig fast einstimmig nach einem Anschluß an Preußen für den bevorstehenden Aussterbefall verlangt. Der Unterschied eines solchen Anschlusses von den modernen Annexionen liegt auf der Hand“ —

so wird die vorstehende kurze Würdigung der für preussische Ansprüche auf das Herzogthum Braunschweig in der Bohlmann'schen „Denkschrift“ geltend gemachten Rechtstitel jedem Unparteiischen die Ueberzeugung gewähren, daß eine darauf zu gründende und unter Berufung auf das angebliche, mit Nichts bewiesene, Verlangen der Braunschweiger zu vollziehende Incorporation „den modernen Annexionen“ so ähnlich sein würde, wie ein Ei dem andern.



